



Solidarität

unsere Chance

Gewerkschafter:innen
gegen Atomenergie und Krieg
ggae@gmx.at * atomgegner.at

ÖSTERREICHISCHES
SOLIDARITÄTSKOMITEE
Plattform pro Sozialversicherung
oesolkom@gmx.at * prosv.at

Nummer 1

*

solidaritaet@gmx.at

*

März 2026

Münchner „Sicherheitskonferenz“ – MSC I

Noch mehr Aufrüstungs- und Kriegsvorbereitung. Schluss mit der Teilnahme des neutralen Österreich!

Deutschland will als größtes EU-Land die stärkste EU-Armee und wenn geht, eine eigene nukleare Abschreckung aufbauen. Das bekräftigte der deutsche Kanzler Friedrich Merz am 13. Februar 2026 bei der Münchner „Sicherheitskonferenz“ (MSC).

Er forderte, dass „Europa“ die Sprache der Macht sprechen lernen, wieder eine Rolle in der Welt spielen müsse und es eine europäische Nuklearabschreckung brauche, er deshalb mit Frankreichs Präsident Macron darüber sprechen werde. Merz will eine Stärkung der EU unter deutscher Führung (siehe dazu Artikel MSC II).

Im Klartext heißt das: „Europa“ steht für EU und die Ansage von Merz bedeutet, dass Deutschland unter dem Deckmantel EU und im Windschatten von EU, NATO, USA seine Großmachtinteressen durch immense Aufrüstung auf- und ausbaut. Damit wird letzten Endes über kurz oder lang ganz Europa wieder zum Kriegsschauplatz. Als Anlass dafür werden Trump und schon seit 2022 und weiterhin Putin sowie die angebliche Verteidigung der Ukraine genommen (zum Ukrainekrieg siehe Artikel an anderer Stelle).

Schon Anfang des Jahres und jetzt verstärkt nach der Präsentation der US-„Sicherheitsstrategie“ nimmt Deutschland den Ukrainekrieg und die USA-Politik als Vorwand, massiv konventionell aufzurüsten. Deutschland soll nach Kanzler Friedrich Merz bis 2030 zur stärksten militärischen Macht in Europa werden. Auch wird immer mehr eine deutsche Atombewaffnung verlangt: „... **Für die deutsche Sicherheit ist es im Grunde unumgänglich, dass man über eine zuverlässige nukleare Abschreckung verfügt. Die amerikanische ist seit den vergangenen Tagen nicht mehr glaubwürdig ... Wir brauchen jetzt eine nukleare Abschreckung ...**“

(<https://www.gmx.at/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/militaerexperte-durchbruch-grossen-krieg-40661774-14.2.2025>).

Dazu passt, dass:

* **Deutschlands CSU-Politiker Manfred Weber, Chef der Europäischen Volkspartei (EVP), fordert, die EU zu einer europäischen NATO auszubauen (Die Presse, 24.11.2025).**

* **NATO-Generalsekretär Mark Rutte** offene Kriegspropaganda betreibt: „Wir sind Russlands nächstes Ziel“, es droht ein Krieg „von einem Ausmaß, wie es unsere Großeltern und Urgroßeltern erlebt haben“ (<https://orf.at/stories/341411/>, 11.12.2025).

* **Wolfgang Ischinger, bis 2022 Leiter der MSC**, sagt es ganz offen: *Europa müsse zu einer echten Verteidigungsunion (sprich: Kriegsunion, Anm. d. Red.) werden und wegkommen vom "Flickenteppich von 27 Zwergstaaten".* Die Neutralität Österreichs ist bei diesen Plänen im Weg. Eine wirklich gelebte aktive Neutralitätspolitik ist bremsend für diese Kriegspläne und höchst dienlich und notwendig für Frieden in Österreich und Europa.

* **die EU** hat der Ukraine 90 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt (Standard, 11.2.2026) – über EU-Darlehen, also Haftungen der einzelnen EU-Staaten – somit letztlich aus unseren Steuergeldern.

* Schon 2025 haben die EU-Staaten 800 Milliarden Euro für Aufrüstung bis 2028/2029 beschlossen (4.3.2025, (<https://orf.at/stories/3386620/>).

Und was macht Österreich?

Fortsetzung Seite 2

Regierung jubelt: Inflation nur mehr 2 %

Damit ist das Thema Teuerung und die Frage, wie kann ich mir Miete, Heizung, Einkauf bei sinkendem Lohn oder Gehalt oder gar bei Arbeitslosigkeit leisten (470.000 Menschen sind derzeit ohne Arbeit), für Regierung und Medien abgehakt. Aber die enorme **Teuerung, seit 2021 plus 30 %**, ist nicht weg, sie bleibt und nimmt weiter zu. Teure Wohnungen, Mieten, Lebensmittel, Energie. Sie sind Ausdruck der Gewinne und Übergewinne der Unternehmer und Konzerne. Während Industrie und Militär immer mehr Milliarden für Aufrüstung und Rüstungsgeschäfte



vom Staat bekommen, sollen wir schauen, wie wir über die Runden kommen.

*

**Sinkende Löhne
und Gehälter,
aber steigende
Preise**

Österreich macht mit!

Die Regierung des neutralen Österreich macht mit, beteiligt sich über die EU-Finanzierung am Ukrainekrieg. Das ist neutralitätswidrig und gegen den Willen von bis zu 90% der Österreicher:innen, die für die Neutralität, d.h. für eine NICHT-Kriegsbeteiligung sind!

ÖVP-Bundeskanzler Stocker sagte bei der MSC, Österreich soll vor dem Hintergrund des Wandels der internationalen Ordnung die „neue Weltordnung mitgestalten und von Anfang an dabei sein“ und zu den Gewinnern gehören. Wer gewinnt? Stocker will Österreich noch mehr an die EU/NATO-Deutschland-Aufrüstung angliedern und durch Rüstungsaufträge an die Industrie deren Profite sichern: „Wir wollen kein blinder Fleck in der Verteidigungslandschaft Europas sein. Als neutraler Staat wollen wir unseren Teil beitragen zur Sicherheitsarchitektur Europas“ (Zitate aus: Kurier und Kronen-Zeitung, 14.2.2026; Standard, 7./8.2.2026).

Deshalb auch die geplante Wehrdienstverlängerung, um auch das österreichische Bundesheer, das laut Verfassung der immerwährenden Neutralität verpflichtet sein muss, mit den Armeen von EU/NATO/Deutschland kompatibel, also zusammenpassend, d.h. anschlussreif zu machen.

Doch ja, genau das, ein „weißer Fleck“, der der Neutralität verpflichtet ist, das sollte das neutrale Österreich sein in der Kriegslandschaft, die da in der EU/Europa unter Führung Deutschlands aufgebaut wird. Österreich darf sich weder an der Vorbereitung, schon gar nicht wieder an Kriegen beteiligen. Das ist neutralitätswidrig, Landesverrat und letztlich tödlich. Nie wieder Kriegsbeteiligung, das ist die Lehre der Bevölkerung Österreichs aus zwei Weltkriegen.

NEOS-Außenministerin Meisl-Reisinger wiederum hat sich schon im Vorfeld der Münchner „Sicherheitskonferenz“ einer ähnlichen Wortwahl wie Merz bedient. Auch sie will, dass man die „Sprache der Macht“ lernt und „Europa ein weltpolitischer Akteur“ wird. Das EU-Einstimmigkeitsprinzip soll aufgehoben werden. Damit würde noch leichter über Österreich hinweg EU-Aufrüstung und Kriegs-

beteiligung ermöglicht. Österreich scheint es für die Außenministerin kaum mehr zu geben. Wenn sie (oder auch Stocker) von „wir“ redet, dann meint sie EU/Europa. Und: sie würde, hätte sie Söhne (sie hat drei Töchter), diese ebenfalls zur „Verteidigung Europas verteidigungstüchtig“ (= kriegstüchtig) machen und geben. (Die Furche, 11.2.2026; <https://www.furche.at/politik/beate-meisl-reisinger-ueber-wehrhaftigkeit-asterix-ist-genau-unser-thema-17707329>).

Meisl-Reisingers Aussagen sind ungeheuerlich und zynisch für die Außenministerin eines immerwährend neutralen Landes. Gegen diese wiederholte, immer unverschämter werdende neutralitätswidrige Kriegspropaganda von Stocker und Meisl-Reisinger, sagen weder die SPÖ-Regierungspartner etwas, noch die grüne oder die blaue „Opposition“.

Die FPÖ, die sonst angeblich gegen die Regierung und die Außenministerin ist, sagt nichts gegen Kanzler Stocker und Außenministerin Meisl-Reisinger, wenn diese für massive Aufrüstung „Europas“, de facto an der Seite Deutschlands, eintreten. Klar für Aufrüstung und Militarisierung war und ist die FPÖ immer, deshalb für die Wehrpflicht-Verlängerung und – auf einmal gemeinsam mit allen anderen „Systemparteien“ – gegen eine Volksbefragung darüber. Zwar wettert die FPÖ gegen die EU, sitzt aber dort im EU-Parlament und empfiehlt EU-Staaten sogar, wenn sie sich an Aufrüstung beteiligen wollen, dies in der NATO zu tun (APA-OTS_20260204_OTS0018/fpoe-steger, 4.2.2026).

Scheinbar wissen die FPÖ-Heuchler nicht, dass 23 der 27 EU-Staaten NATO-Mitglieder sind und das größte NATO-Land Deutschland ist. Gegen die Kriegsaufrüstung Deutschlands hat die FPÖ nichts.

Statt wie Meisl-Reisinger oder Bundeskanzler Stocker bei Merz' Kriegsaufrüstungs-Ansagen „Gewehr bei Fuß“ zu stehen, muss sich das immerwährend neutrale Österreich ausdrücklich von solchen kriegerischen Vorhaben klar und deutlich distanzieren und dagegen auftreten! Sinn und Inhalt der Neutralität ist nicht die Sprache der Macht, also Kriegspropaganda zu betreiben, sondern unsere Stärke ist eine gelebte Neutralität! Wir sagen: Unsere Söhne und Töchter geben wir NICHT!

*

Münchner Sicherheitskonferenz – MSC II

Merz will Stärkung der EU unter deutscher Führung

Bei der MSC hat der deutsche Bundeskanzler einige Aussagen getätigt, die uns in Österreich zu denken geben und hellhörig machen sollten:

Richtig sprach Merz von der „selbst verschuldeten Abhängigkeit“ von den USA. Ja, US-Atomwaffen und Truppen sind in Europa stationiert, US-Militärstützpunkte rund um die Welt gegen „Konkurrenten“ gerichtet, v.a. gegen Russland, China aber auch gegen den Iran usw. Deutschland ist Drehscheibe für US-Kriegseinsätze weltweit, die US-Befehlsausgabe für z.B. was in der Ukraine zu geschehen hat, findet im deutschen Ramstein statt, im Ukrainekrieg wetteifern vor allem USA, Deutschland, aber auch Frankreich und Großbritannien um die Vorrangposition im Krieg. Sie rangeln um die Vormachtstellung in der „Koalition der Willigen“. In naher Zukunft soll die EU/„Europa“ noch

mehr Waffen für den Ukrainekrieg und die EU-NATO-Deutschland-Kriegsaufrüstung in den USA kaufen.

Jetzt will Merz Deutschland/„Europa“/EU daraus „befreien“. Wie?

Nachfolgend einige Passagen aus der Rede von Merz (*kursiv*) mit unseren Kommentaren dazu:

Europa dürfe die NATO nicht abschreiben, müsse aber „im Bündnis im eigenen Interesse einen starken selbsttragenden europäischen Pfeiler errichten“.

Unser Kommentar: D.h. Deutschland will im Windschatten von USA und Russland/Ukrainekrieg im Rahmen, mit Hilfe und unter dem Deckmantel „Europa“/EU mehr auf die Weltbühne treten und als Konkurrent beim Kriege führen dabei sein.

Alleingänge von Europäern wie in der Vergangenheit solle es in Zukunft nicht mehr geben.

Unser Kommentar: Das ist auch eine Drohung an alle Neutralen, also auch an Österreich. Und unsere Herrschenden haben durch ihre Aussagen gleich bewiesen, dass sie dem deutschen Kommando folgen (siehe MSC I).

Militärische Aufrüstung sei „unter allen Umständen richtig, um eine gesündere transatlantische Partnerschaft zu begründen.“

Unser Kommentar: „Gesünder“? Schon die jetzige „Beziehung“ ist krank. „Gesünder“ bedeutet für Merz eben, dass Deutschland/EU von jetzt an mehr beim Weltaufteilen und beim Krieg führen dabei sein will und dass alle EU- und europäischen Staaten im deutschen Schlepptau mitzuziehen haben.

Alle NATO-Partner profitierten von gemeinsamer Stärke, „selbst (die USA) stoßen an die Grenzen der eigenen Macht, wenn sie etwa im Alleingang unterwegs sind.“

Unser Kommentar: EU/D rüstet enorm auf, um sich weiter den USA als „Partner“ für „gemeinsame“ Kriegszüge in der Welt (z.B. Ukraine, Russland, China?) anzubieten, bzw. gegebenenfalls mit den USA in Konkurrenz treten zu können.

„Wir nutzen den Druck, unter den wir gekommen sind ...“, um hoffentlich Neues und Großes zu schaffen“.

Unser Kommentar: Wie schaut das „Neue und Große“ aus? Ja, USA-Kriegspolitik und Ukrainekrieg sind Vorwand für Start von „Lösung“ der D/EU-Abhängigkeit von den USA für eigene Kriegsraubzüge – oder gemeinsam mit den USA.

„Nie wieder werden wir Deutsche allein gehen“, so Merz.

Unser Kommentar: Deshalb will Deutschland alles mit „Partnern“ vor allem im Rahmen der EU machen und so zu einer starken EU unter deutscher Führung kommen. Ob Frankreich, Großbritannien, Polen, Spanien, Italien da mitmachen ist fraglich. Und ob es dann einmal beim „nie wieder“ bleibt, ist höchst fraglich.

Europa stärken und vereinen, sei die „stärkste Antwort auf diese Zeit“.

Unser Kommentar: Das ist eine Kampfansage Deutschlands an die Neutralen, insbesondere an Österreich (und die Schweiz).

Die NATO sei nicht nur für Europa ein Wettbewerbsvorteil, sondern auch für die USA.

Unser Kommentar: Das ist eine Einladung an die Rüstungsindustrie und der Hinweis an die USA, dass D/EU bereit sind, weiter und noch mehr und profitabler für D/EU als künftig stärkerer Juniorpartner der USA bei Kriegsraubzügen auf der Welt dabei zu sein.

(Quelle der Zitate: <https://orf.at/stories/3420108/>, 13.2.2026; und Hervorhebungen durch die Red.)

Statt als immerwährend neutraler Staat diese Kriegsmachenschaften der MSC-Konferenz und allgemein aufzuzeigen, machen sich unsere Regierenden mehr oder weniger gemeinsam mit der Opposition zu Handlangern der vor allem deutschen Aufrüstungs- und Kriegspolitik (siehe dazu Artikel MSC I).



Foto: fritz.hinterberger.com/sicherheit-und-frieden

*

Münchner Sicherheitskonferenz – MSC III

Die oben wollen Krieg – die Menschen wollen Frieden!

Während in München über Aufrüstung und Krieg gesprochen wurde, getarnt als „Partnerschaft“ und „Suchen nach Frieden und Sicherheit“, das sei alles im „Interesse und Wohle der Menschen“, schaut die Wirklichkeit anders aus.

Die MSC war ein Treffen der Rüstungsmagnaten, die auf noch mehr Profite durch noch mehr Kriege setzen. Und was absichtlich vollkommen ausgeblendet wird ist, was die Bevölkerung in der EU in „Europa“ wirklich will. So ergab schon 2023 eine Umfrage des „European Council on Foreign Relations“ (ECFR), dass eine **Mehrheit der Europäer, mehr als 60 % neutral bleiben wollen gegenüber den USA, Russland und China**, z.B. in einem möglichen Konflikt zwischen den USA und China über Taiwan nicht hineingezogen werden wollen.

<https://www.euronews.com/my-europe/2023/06/07/europeans-want-to-remain-neutral-in-possible-us-china-conflict-survey-shows>).

Leider hat das ECFR die Frage nach Neutralität nach 2023 nicht mehr gestellt, aus guten Gründen!

Denn das passt natürlich nicht in das Bild und die Profitinteressen von Wirtschaft, Militärs, Rüstungskonzernen und Großmachtpolitikern. Aber wir sollten das verbreiten, denn es beweist, dass die Menschen keinen Krieg wollen. Deshalb machen die Herrschenden Politik hinter dem Rücken der Bevölkerung und über die Köpfe der Menschen hinweg, überhäufen die Öffentlichkeit gleichgeschaltet mit Propaganda und wenn alles nicht mehr hilft, wird Wehrpflicht wie in Deutschland wieder eingeführt oder in Österreich verlängert. Nicht um Frieden zu sichern, sondern um die Menschen zu vergewaltigen und kriegstüchtig zu machen. **Das wollen wir nicht.**

**Widerstand ist unsere Chance,
Solidarität unsere Stärke.**

Ukrainer: Kanonenfutter für das US-Kapital in Putins Krieg

Die USA haben durch die Aufnahme von weiteren Staaten (Tschechien, Polen, Ungarn, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien) in die NATO, die an Russland grenzen bzw. nicht weit von Russland entfernt sind bzw. durch die Aufrüstung dieser Staaten samt der dortigen Stationierung von Atomraketen Russland seit 25 Jahren schrittweise eingekesselt und bedrohen es militärisch heute mehr denn je. Die Ukraine war und ist nun das derzeit letzte Aufmarschgebiet des Westens. Wir lehnen den völkerrechtswidrigen Krieg Russlands gegen die Ukraine entschieden ab. Dieser Krieg, der unsägliches Leid, Verletzte, Tote und Zerstörung verursacht, ist durch nichts zu rechtfertigen und sofort zu stoppen. Genauso lehnen wir die völkerrechtswidrigen Angriffe und Kriege der USA (z.B. in Vietnam, Afghanistan, Irak, Syrien) ab.

Die USA, der größte privatkapitalistische Staat, Militärbudget ca. 1.000 Milliarden Dollar pro Jahr und mit ca. 800 Militärstützpunkten auf der ganzen Welt, benutzen die Ukraine, ihre Soldaten, um im Krieg Russland, einen staatskapitalistischen Staat, Jahresmilitärbudget 120 Milliarden Dollar, 25 Militärstützpunkte in 9 ehemaligen Sowjet-Republiken, zu schwächen, Teile seiner Kräfte zu binden.

Der Ukraine-Krieg ist ein Stellvertreterkrieg der USA gegen Russland. Der Krieg, den Russland gegen die Ukraine führt, war und ist von den USA provoziert. Dabei gehen die USA nach ihrer schon in vielen anderen Ländern praktizierten Methode des Errichtens von „roten Linien“ vor, die die Interessen des US-Kapitals markieren. Das benennt auch Chas Freeman im nachfolgendem Beitrag.

Chas Freeman, ein früherer Spitzendiplomat der USA, unter anderem im US-Verteidigungsministerium und auch US-Botschafter in Saudi-Arabien, im Dienst von 1965 bis 1995, sagte 2022 u.a.:

„Alles, was wir [der Westen] tun, zielt offenbar darauf, die Kämpfe zu verlängern, anstatt ihr Ende und einen Kompromiss zu beschleunigen“. Das sei „gut für den militärisch-industriellen Komplex“; es bestätige „unsere negativen Ansichten über Russland“; es stärke die NATO, und es bringe China in Verlegenheit. Zwar werde dieses Vorgehen zu einer großen Zahl an Todesopfern führen; dennoch fragten sich einige im Westen offenbar

insgeheim: „Was ist so schrecklich an einem langen Krieg?“ Schließlich sei das Ganze – de facto ein Stellvertreterkrieg gegen Russland – für den Westen „im Wesentlichen kostenfrei“. Man könne – so Freeman – die Strategie der transatlantischen Mächte so auf den Punkt bringen: „Wir kämpfen bis zum letzten Ukrainer für die ukrainische Unabhängigkeit.“ (1) Zitiert nach: www.german-foreign-policy.com; „Bis zum letzten Ukrainer“, 19.4.2022.(Hervorhebung v.d. Red.).

Die Kriegspläne der USA bezüglich der Ukraine und Russland gibt es seit langem. Schon 1994 schrieb der, nach Kissinger, wichtigste US-Sicherheitsberater Z.Brzezinski, über die Ukraine: „Russland ohne die Ukraine ist kein Imperium mehr“... „Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr“.(1) Georg Bush wollte die Ukraine schon 2008 in die NATO aufnehmen. 2014 sagte Victoria Nuland, die US-Vertreterin in der Ukraine, dass die USA in der Ukraine „5 Milliarden Dollar für die Demokratie ...“ investierten. Das waren 5 Milliarden Dollar für einen Putsch zum Sturz des gewählten ukrainischen Präsidenten Janukowitsch, um dann eine rechte bzw. mit Neo-Nazis gespickte Regierung einzusetzen. Janukowitsch war seit langem für eine neutrale Ukraine, die mit Ost und West Handel treibt, eingetreten.

Nach dem Rechts-Putsch in der Ukraine 2014 hat Putin die Krim und Donezk und Lugansk nach Volksabstimmungen, die auch gemäß Völkerrecht legitim sind, als Volksrepubliken anerkannt. Das ukrainische Militär und rechtsextreme Truppen haben seit damals in diesen Provinzen bis Februar 2022 laut OECD ca. 14.000 Menschen, vorwiegend Russen, getötet! Am 24.Februar 2022 begann Putin den Krieg gegen die Ukraine. Befürchtet wurde von Russland – das bestätigen die Aussagen von Freeman, dass die Kriegsfront der USA/NATO/EU gegen Russland bis direkt an seine Grenzen reicht und die Krim und die russische Bevölkerung in den Provinzen von Donezk und Lugansk ungeschützt dem USA/NATO/EU-Militärvorstoß durch die Ukraine ausgeliefert wäre.

(1) Zbigniew Brzezinski, *Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft*, Berlin 1997, S. 307 .

Purer Zynismus

Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, erklärt, warum die Ukraine EU-Mitglied werden soll:

„Die Ukraine verteidigt beeindruckend unsere europäischen Werte!“ ... „Die Ukraine verdient diesen Status, denn sie ist bereit, für den europäischen Traum zu sterben.“ (1)

Und es sei beeindruckend, „wie sie unsere Werte verteidigen, mit allem, was sie haben, bis zu ihrem Leben“ (2)

Welcher Zynismus der Präsidentin!

Diese Person vertritt angeblich alle europäischen Völker, die in der EU sind, also auch uns Österreicher:innen.

- 1) https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-kommissionsprasidentin-von-der-leyen-ukraine-verteidigt-beeindruckend-unsere-werte-2022-05-20_de
- 2) FAZ 17.5. 2022

Regelbasierte Ordnung – Vorrecht des Stärkeren!

Der kanadische Premierminister Carney hat beim Weltwirtschaftsgipfel in Davos anlässlich des Trumpschen Auftritts und dessen America-First-Politik eine vielbeachtete Rede gehalten.

Sehr richtig hat er die derzeit herrschende Situation auf der Welt charakterisiert. Wir befinden uns in einer Ära der Großmachtkonkurrenz. Viele kleine und mittlere Länder (*auch die EU, Anmerkung d. Red.*) neigen dazu, sich unterzuordnen und sich durch Gefügigkeit Sicherheit zu erkaufen. (*Auch die EU ordnet sich unter. Es geht ihr dabei nicht um Sicherheit, sondern um Vorbereitung kriegesischer Auseinandersetzung. Anmerkung d. Red.*)

Carney merkt auch durchaus selbstkritisch an, dass viele Staaten unter der sogenannten regelbasierten internationalen Ordnung, ihren wirtschaftlichen Aufschwung auf Kosten kleinerer, schwächerer Länder (*vor allem auf der südlichen Hemisphäre, Anmerkung d. Red.*) erringen konnten. Diese Ordnung sei daher auch teilweise falsch gewesen, denn sie beruhte auf dem Recht des Stärkeren, der sich bei Bedarf selbst von diesen Regeln ausnehmen würde. Dieses System funktioniere nicht mehr, und nicht erst seit Trump. In den letzten 20 Jahren erlebten wir eine Reihe von Krisen in Finanzen, Gesundheit, Energie und Geopolitik.

In jüngerer Zeit begannen Großmächte, wirtschaftliche Integration als Waffe einzusetzen. Diese Integration werde zunehmend zur Quelle der Unterordnung. Somit seien multilaterale Institutionen wie UNO, WTO, COP etc., die als Instrumente der gemeinsamen Problemlösung gedacht waren, in Gefahr.

Es sei aber falsch in Zeiten der Erosion der alten Ordnung darauf zu hoffen, dass dieses Gewitter vorüberziehe. Neue Wege müssten beschritten werden.

Mittlere und kleinere Staaten müssten gemeinsam dem Druck Widerstand leisten. Wenn wir nur bilateral mit einem Hegemon verhandeln, verhandeln wir aus einer Position der

Schwäche. Wir akzeptieren das, was angeboten wird, wir konkurrieren miteinander. Richtiger sei es ein breites kollektives Engagement zu priorisieren, um den Einfluss zu maximieren. Jeder Staat sollte seine wirtschaftliche Stärke im Inneren aufbauen und gleichzeitig kollektiv Brücken zu bisher vernachlässigten Handelspartnerschaften schlagen. Konkret schlägt Carney vor, Käuferclubs für kritische Mineralien (seltene Erden, Gold, Kobalt, etc.) zu bilden, um damit die Abhängigkeit von konzentrierten Lieferquellen zu verringern, in der KI gemeinsam mit gleichgesinnten Demokratien zu kooperieren, etc. Es gehe darum, ein Netz von Verbindungen über Handel, Investitionen, Kultur zu schaffen.

Nur so könne die Macht der Legitimität, Integrität und Regeln stark bleiben.

Carney hat damit Dinge gesagt, die kaum ein westlicher Politiker vor ihm gewagt hat zum Ausdruck zu bringen. Er bezeichnet die regelbasierte Ordnung, von der so viel die Rede ist, als Betrug, der darin besteht, dass der Regelbruch ein Vorrecht des Westens ist.

Man darf dabei nicht vergessen, dass Carney ein Teil dieses Systems war und ist, das die Welt in diese Lage versetzt hat.

Dennoch enthält seine Rede wichtige Aspekte, die zu einer Unabhängigkeit mittlerer und kleinerer Staaten beitragen können. Die Frage ist, ob europäische Politiker ernsthaft und zum Wohle ihrer Bürger eine Politik auf der Basis eines fairen Handels und mit dem Ziel einer friedlichen Weltordnung betreiben wollen, oder ob sie weiterhin in erster Linie internationalen Konzernen und der westlichen Hegemonie verpflichtet sind.

Daran müssen wir auch die österreichische Politik messen. Würden sie diesen Intentionen folgen, dürften sie nicht eine Industriestrategie beschließen, die darauf ausgerichtet ist, an dem 800 Mrd.- Aufrüstungsprogramm teilzuhaben und die Neutralität weiter auszuhöhlen.

Anzeige gegen BRP ROTAX:

Export von österreichischen Triebwerken in Kriegsgebiete zum Einbau in Tötungsdrohnen ist „rechtswidrig“

Die Behörden schauen weg, tausende Tote weltweit klagen an. Die Bundesregierung steht auf Seite der Kriegslieferungen.

Die ARGE f. Wehrdienstverweigerung u. Gewaltfreiheit“, der „Palästinensischen Gemeinde Österreich“, der „Solidarwerkstatt Linz“ und der „Steirischen Friedensplattform“ hat bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft eine Anzeige eingebracht.

Dem Management von BRP ROTAX in Gunskirchen (O.Ö.) wird vorgeworfen, jahrelang wissentlich Motoren für Kampfdrohnen an Rüstungskonzerne wie Elbit Systems geliefert zu haben: Drohnen-tötungen von

tausenden Zivilisten in Pakistan, der Ukraine und im Gazastreifen mit österreichischen Motoren.

Triebwerke für „Kriegsluftfahrzeuge“ gelten laut Gesetz (KrMatV) als Rüstungsgüter und brauchen eine Bewilligung des BMI, die nie erteilt wurde und rechtswidrig wäre. Exporte in Kriegsgebiete sind zudem derzeit nach dem Außenwirtschaftsgesetz verboten. Wirtschaftsminister Hattmannsdorfer besuchte am 14.1.2026 das BRP-ROTAX-Werk und kündigte am 26.1.2026 eine Novellierung des Außenwirtschaftsgesetzes zur Erleichterung von Rüstungsexporten an. Österreichs Politik hat seit der Noricumaffäre nichts dazugelernt.

Wir sind immer bei den Guten – oder ?

Wir haben schon in einer vorjährigen Ausgabe über die neutralitäts- und demokratiefeindliche vertragliche Kooperation Österreichs mit der US- Nationalgarde berichtet und zur Kündigung dieser Vereinbarung („State Partnership Program“) aufgerufen. Dieser Aufruf blieb wie viele andere ungehört und auch ein neuerlicher wird es sicherlich auch bleiben, da man es sich mit dem widerwärtigen „Weißen Großen Gevatter“ im Weißen Haus nicht verderben möchte. Alleine die blamable österreichische Reaktion auf das unappetitliche Angebot zur Teilnahme am, von Trump lebenslänglich geführten „Friedensrat“ („Board of Peace“), bei dem der Mitgliedsbeitrag eine Milliarde Dollar ist und der ganz gezielt die Vereinten Nationen aushebeln soll, spricht Bände. Das offizielle Österreich will sich dieses Angebot überlegen. Die einzig mögliche Antwort für ein demokratisches, neutrales Land mit wichtigen UNO-Organisationen wäre gewesen: „Na, net amoj dran denkn“ - das ist eine Sache der UNO.

Aber die peinliche österreichische A----Kriecherei (brownnosing) hat Geschichte und ist parteiübergreifend. Diese Kooperation mit der Nationalgarde ist aber doch herausragend; Ziel des Programms ist es laut Verteidigungsministerium, in Zukunft Übungen und Ausbildungen gemeinsam mit Truppenteilen der US-Streitkräfte durchzuführen. Außerdem geht es um den Austausch von Experten und Beobachtern. Auch die bilateralen Beziehungen der in Europa stationierten US-Streitkräfte und dem Bundesheer sollen dadurch vertieft werden. Übergeordnetes Ziel dieser Partnerschaften ist vor allem das Herbeiführen gemeinsamer Standards für eine Teilnahme der Partner an internationalen Einsätzen (wo und gegen wen???). Zu den „Glanzstücken“ dieser militärischen Reserve der US-Streitkräfte, die aus freiwillig dienstleistenden Milizsoldaten besteht, gehören brutale Einsätze im Grenzschutz gegen Migration, rassistische Bekämpfung von Minderheiten, Niederschlagung von Demonstrationen und in letzter Zeit, auf Anforderung durch Trump, das brutale Aufspüren und Festnehmen von sogenannten „illegalen Migranten“ sowie die Deportation derselben und die Unterdrückung und Niederschlagung von oppositionellen Demonstrationen.

Einige historische Meilensteine dieser Organisation: Drei Jahre nach Aufhebung der Rassentrennung in Schulen verhinderte im Bundesstaat Arkansas 1957 die Nationalgarde den ersten schwarzen Schülern den Zutritt zur Schule. Bei einer friedlichen Demonstration gegen den Vietnamkrieg erschoss 1970 die Nationalgarde von Ohio vier Studenten und verletzte neun weitere schwer.

Die Grünen saßen bei Abschluss dieses Paktes 2020 während der Regierung Kurz II auf der Regierungsbank und der Grünen-Politiker David Stögmüller bekundete doch etwas

scheinheilig gegenüber „zackzackzack“, Bauchweh hinsichtlich dieser US-Nationalgarde zu haben. Diese habe im Zuge der „Black Lives Matter“-Proteste eine sehr fragwürdige Rolle gespielt. So hat die Miliz die Anti-Rassismus-Demos brutal niedergeschlagen, laut „New York Times“ soll der Betreiber eines Grill-Restaurants von einem Mitglied der Nationalgarde umgebracht worden sein.

Aber nicht nur unsere „Bundeswolküre“ Tanner war ganz hingerissen von diesen militanten transatlantischen Gesinnungsgenossen, Mario Kunasek (FPÖ), der jetzige steirische Landeshauptmann, hat 2019 bei einer mehrtägigen USA Reise als Verteidigungsminister der Regierung Kurz I schon eine Kooperation bei der Ausbildung der Streitkräfte vereinbart. Außerdem ging es auch um einen Erfahrungsaustausch im Grenzschutz und beim „Friedenseinsatz“ am Balkan. Die US-Nationalgarde und das Bundesheer sollen in Sachen Grenzschutz voneinander lernen.

Auf der Schleimspur ins Weiße Haus durfte 2019 als Krönung natürlich unser Mehrfachkanzler Sebastian Kurz nicht fehlen. US-Präsident Donald Trump hat Bundeskanzler Sebastian Kurz eine "großartige Beziehung" versprochen. "Wir werden eine großartige Beziehung haben, und unsere Länder haben eine großartige Beziehung", sagte Trump bei einem gemeinsamen Presseauftritt im Oval Office, dem Präsidentenbüro im Weißen Haus in Washington. 2020 startete US-Außenminister Mike Pompeo seine Wien-Arbeitstour bei einem Zusammentreffen mit Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) und Austro-Unternehmern. Danach führte Pomepos Weg zum Wiener Bürgermeister und das Rote Wien ehrte die militanten US-Partner mit einer "Jungfernfahrt". Dazu fuhr eine Bim der Wiener Linien als rollendes Symbol der langen österreichisch-amerikanischen Freundschaft durch die Stadt, großflächig gestaltet mit wichtigen historischen Etappen der Austro-US-Beziehungen – und mit Ludwig und Pompeo als erste Fahrgäste. Pompeo hat auch Slots für Angehörige des österreichischen Bundesheeres für Trainingsübungen bei der US-Armee als Gastgeschenk präsentiert.

Unser Bundesheer scheint jedenfalls voll vom amerikanischen Geist erfüllt zu sein. Außenpolitisch in Richtung Einbindung in die EU- und oder NATO-Kriegsausrüstung und innenpolitisch in Richtung Assistenz Einsätze gegen Flüchtlinge, Andersgläubige oder Regierungskritiker, insgesamt also gegen die Neutralität und die Bevölkerung. Mit den USA will man es sich jedenfalls nicht verderben und vielleicht zaubert man ja wieder den Schallenberg und den Kurz aus dem Hut und befeuchtet die alte Schleimspur in „Gods Own Country“ neu und wir kriegen im Zuge der Trump'schen Deals um Grönland für 1 Milliarde Euro Franz-Josef-Land als Kolonie.

Nein, meine Söhne geb' ich nicht

„Frag mich, was ein Leben wert ist / Die sitzen in den Palästen und dann reden sie von der Ehrpflicht“ - „Nein, meine Söhne geb' ich nicht“.

Reinhard Mays Lied aus 1986 wurde im Herbst letzten Jahres durch den Sender von der SWR-Hitparade des öffentlich-

rechtlicher Radiosenders Südwestrundfunks1 der BRD als vorgeschlagener Song entfernt. Es zeigt wohl, dass der Sender ganz auf Regierungskurs – den Aufrüstungsplänen, d.h. Kriegsplänen der Merz-Regierung, die nun die Wehrpflicht einführt, gefolgt ist.

(Aus: 3sat, Sa. 24.01.2025 19.20)

15. Jahrestag der Atomkatastrophe in Japan

Fukushima strahlt immer!

„Am 11. März 2011 kam es nach einem Seebeben der Stärke 9 und dem darauffolgenden Tsunami zu einem Super-GAU im japanischen AKW Fukushima. Danach wurden fast alle AKWs in Japan vom Netz genommen, Deutschland beschloss den Atomausstieg.

Was hat Japan, was hat die Welt aus dieser Katastrophe gelernt? Nichts! Japan setzt wieder verstärkt auf Atomkraft und nimmt AKWs wieder in Betrieb. Die EU behauptet, Atomkraft sei eine nachhaltige Energieform.

Jetzt wurde bekannt, dass die japanische Atomaufsichtsbehörde die Wiederinbetriebnahme von zwei Atomreaktoren gestoppt hat. Ein Whistleblower lieferte den Hinweis, dass der Betreiber (TEPCO) Daten zur Erdbebengefahr gefälscht hatte! Es wird getrickst wie eh und je! Atomkraft ist ökologisch, technologisch und wirtschaftlich Vergangenheitstechnologie! (Aufruf der „Wiener Plattform Atomkraftfrei“).

Atomkraft kann das Klima nicht retten! AKWs werden deshalb weiterbetrieben oder neu gebaut, weil AKW und Atomwaffen siamesische Zwillinge sind, auch aus „zivilen“ Atomanlagen waffenfähiges Material für Atombomben gewonnen werden kann.

Nein zu AKW, Atomwaffen und Krieg

In Österreich gibt es in Folge des Atom-Nein-Volksentscheids von 1978 seit 1999 das „Bundesverfassungsgesetz für ein atomfreies Österreich“ (BGBl. Nr. 149/1999). Es besagt:

§ 1. In Österreich dürfen Atomwaffen nicht hergestellt, gelagert, transportiert, getestet oder verwendet werden. Einrichtungen für die Stationierung von Atomwaffen dürfen nicht geschaffen werden.

§ 2. Anlagen, die dem Zweck der Energiegewinnung durch Kernspaltung dienen, dürfen in Österreich nicht errichtet

werden. Sofern derartige bereits bestehen, dürfen sie nicht in Betrieb genommen werden.

§ 3. Die Beförderung von spaltbarem Material auf österreichischem Staatsgebiet ist untersagt, sofern dem völkerrechtliche Verpflichtungen nicht entgegenstehen. Von diesem Verbot ausgenommen ist der Transport für Zwecke der ausschließlich friedlichen Nutzung, nicht jedoch für Zwecke der Energiegewinnung durch Kernspaltung und deren Entsorgung. Darüber hinaus sind keine Ausnahmegenehmigungen zu erteilen.

https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/ErV/ERV_1999_1_149/ERV_1999_1_149.pdf

Die Formulierungen „völkerrechtliche Verpflichtungen“ und „friedliche Nutzung“ in § 3 sind vor allem auf die EU/EURATOM und die IAEA gemünzt, damit diese weiterhin das internationale tödliche Geschäft der Atomlobby auch von Österreich aus betreiben kann. Daher gilt umso mehr im Sinne des Atom-NEIN-Volksentscheids der Österreicher*innen und der Gefahr weiterer AKW-Super-GAUs:

- **Keinen Cent für Atomforschung, keinen Cent für EURATOM oder IAEA**
- **Österreich raus aus EURATOM und IAEA!**
- **IAEA raus aus Österreich!**

Wir „Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg“ mahnen, warnen und protestieren gemeinsam mit der „Wiener Plattform Atomkraftfrei“:

Protestkundgebung

Fukushima strahlt immer

Dienstag, den 10. März 2026, 11:00 bis 13:00 Uhr,

Ort: Stock-im-Eisen-Platz (Kärntner Straße Ecke Graben), 1010 Wien

Kommt zahlreich. Wer mitmachen will meldet sich bitte unter ggae@gmx.at – Stichwort: Fukushima 2026.

Debatte um Wehrdienstverlängerung

Das Bundesheer wird massiv aufgerüstet und der Wehrdienst soll nach dem Willen der Herrschenden daher verlängert werden.

Von der Wehrdienstkommission über Offiziersgesellschaft, Bundespräsident Van der Bellen bis zur Regierung (ÖVP-SPÖ-NEOS), der FPÖ und den Grünen in der „Opposition“ herrscht Einigkeit: Verlängerung. Kanzler Stocker will, wenn überhaupt eine Volksbefragung kommt, nur über Verlängerungsvarianten abstimmen lassen, nicht Ja oder Nein zu einer Verlängerung. Volksbefragung will auch keiner von den oben Genannten wirklich. Zu gefährlich ist das Volk. Nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung ist für eine Verlängerung. Ganz zu schweigen von den Jugendlichen, die es trifft, da ist die Ablehnung noch viel größer.

Wovon die „Debatte“ um „Volksbegehren“ oder nicht überhaupt ablenkt ist, wozu die ganze Heeresaufrüstung, Sky Shield, also der Kauf von u.a. Langstreckenraketen mit 2.500 Kilometer Reichweite usw. überhaupt dient. Zur Verteidigung der Neutralität? Nein! Hainburg liegt 60 km östlich von Wien. Die Heeres-Aufrüstung dient der noch engeren Anpassung und dem Anschluss Österreichs an die Aufrüstungs- und Kriegspläne von EU/NATO/Deutschland.

Das macht Österreich erst zum möglichen Angriffsziel. Das ist absolut unvereinbar mit der immerwährenden Neutralität Österreichs. Gegen diesen weitem EU/NATO-Anschluss durch die Wehrdienst-Verlängerungs-Hintertür hat auch die selbsternannte Neutralitätspartei FPÖ nichts einzuwenden, ja sie ist ausdrücklich dafür. Sehr entlarvend.

Mitarbeiter-Überwachung statt besserer Patientenversorgung

ÖGK: „Selbstbespitzelung“ per Dienstanweisung

Wie die Plattform proSV erfuhr, erließ die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) eine Dienstanweisung. Inhalt: Alle Termine mit externen Organisationen müssen verpflichtend in einem zentral von der ÖGK-Direktion geführten „Kalendar“ gemeldet werden. Unglaublich, aber wahr: Zwang der ÖGK-Beschäftigten zur „Selbstbespitzelung“! Hat die ÖGK-Führung keine anderen Sorgen, als den eigenen Beschäftigten zu misstrauen, durch Kontrolle, Überwachung mutwillig das Vertrauen und somit die Motivation der eigenen Beschäftigten in die ÖGK zu untergraben? Es gibt ganz andere Probleme zu bewältigen, Aufgaben, deren Lösung dringend ansteht:

„Patientenmilliarde“ von der Regierung holen

Die ÖGK schrieb im Vorjahr ein Defizit von 511 Millionen Euro. Nicht aus Eigenverschulden, sondern als Erbe aus der Zentralisierung und Umfärbung der Gebietskrankenkassen hin zur Führung der Krankenversicherung der Arbeiter und Angestellten nicht durch diejenigen, die die Versicherungsbeiträge einzahlen, sondern durch die Unternehmenseite, durch die Funktionäre der ÖVP (Wirtschaftsbund) bzw. der Wirtschaftskammer (WK). Die „Patientenmilliarde“ wie die blaue FPÖ-(Un-)Sozialministerin Beate Hartinger-Klein unter der Kurz-Strache-Kickl-Regierung versprach (Dez. 2017 – Mai 2019), gab und gibt es bis heute nicht, im Gegenteil: Mehrkosten von rund 300 Millionen Euro.

Harmonisierung der Leistungen umsetzen

Die ÖVP-WKO-Führung der ÖGK blockiert, dass die ÖGK mit entsprechenden Finanzmittel ausgestattet wird oder dass es endlich zu der ebenfalls damals versprochenen Harmonisierung der Leistungen in allen Bundesländern kommt, obwohl die ÖBK ja zentralisiert ist. Der unlängst in der ZIB 2 (15.2.2026) zu Gast gewesene ÖGK-Generaldirektor Bernhard Wurzer redet sich dort zum wiederholten Male darauf aus, dass ja 10 Ärztekammern (der 9 Bundesländer und zusätzlich der Ärztekammer Österreich) dem zustimmen müssten. Stimmt zwar, aber schon der Rechnungshof hat kritisiert, dass das kein Zustand und schnellstens zu ändern sei. Doch hat die WKÖ-ÖVP-Führung der ÖGK diesbezüglich etwa Druck auf die Regierung ausgeübt? Nein! Dabei stellt seit der „Reform“ der Sozialversicherung (SV) 2018 immer die ÖVP (zuerst ÖVP-FPÖ, dann ÖVP-Grüne, jetzt ÖVP-SPÖ-NEOS) den Kanzler. Man hätte also sozusagen von ÖVP zu ÖVP „reden“ und entscheiden können. Wollte die ÖGK-Führung das überhaupt? Nein, weil ÖVP und ÖVP sich nicht wehtun möchte. Zudem wird die Ärztekammer auch von der ÖVP dominiert. So gilt Johannes Steinhart, Chef der Wiener und der Ärztekammer Österreich als ÖVP-nahe. Ja, das ist der, der eine Zeit lang mit Betrugs-, Untreue-, Begünstigungs- und Korruptionsvorwürfen aus der eigenen „Kollegenschaft“ konfrontiert war und intern nach wie vor höchst umstritten ist.

Ärztekammer Einhalt gebieten

Die niedergelassenen Ärzte (private wie Kassenärzte) werden von den ÖGK-Versicherten bezahlt. Trotzdem droht die Ärztekammer regelmäßig mit Blockade, Arbeitsverweigerung zu Lasten der Patient:innen. Die Ärztekammer behindert trotz Ärztemangel und langen Wartezeiten die

Ausrollung von Primär-Versorgungs-Zentren (PVZ), fördert und schützt die Privilegien des privaten Wahlarztsystems zum Nachteil von Kassenärzten und Patient:innen. Die Ärztekammer weigert sich, die ständig steigende Zahl der Wahlärzte effektiv und patienten- statt nur profitorientiert ins ÖGK-Kassensystem hinein zu holen. Damit können und werden noch mehr Ärzte ins lukrative Wahlarztsystem abwandern. Warum? Weil sie als Wahlärzte noch immer ihre Honorare von der ÖGK (also aus den Versichertengeldern der Arbeiter und Angestellten) zu 80% des Kassentarifs subventioniert bekommen. Trotzdem können sie von den Patient:innen viel höhere Honorare verlangen. Deshalb will die Ärztekammer die Privilegien der Wahlärzte, deren hohe Honorare oft in keinem Verhältnis zur Leistung stehen, auf Kosten der Kassenärzte und der Bevölkerung weiterhin unangetastet lassen. Und die ÖVP-ÖGK-Führung schaut zu.

Diktat der Pharmakonzerne vereint entgegnetreten

Obwohl weniger Medikamente verschrieben werden – minus 3 bis 4%, steigen die Kosten der ÖGK für die eingekauften Medikamente enorm an – plus 6 bis 9 %! Seit Auflösung der 9 Gebietskrankenkassen gibt es auch den Hauptverband der SV-Träger nicht mehr. Er war ein starker, kompetenter Verhandlungspartner mit Ärzteschaft und Pharmaindustrie. Dadurch sind auch die effizienten Strukturen für die Preisverhandlungen mit der Pharmaindustrie bewusst zerstört worden. Der neu geschaffene Dachverband ist ein Feigenblatt, denn die einzelnen SV-Träger ziehen nicht an einem Strang, jeder macht was er will. Die wirtschafts- und industriegetriebene ÖGK (in Wahrheit wird sie wie der Dachverband von ÖVP-Wirtschaftsbund und Industriellenvereinigung beherrscht) zeigt wenig Interesse das zu ändern. Wie auch, wenn Peter McDonald, ein ehemaliger Manager der Pharmaindustrie und stellvertretender ÖVP-Wirtschaftsbund-Generalsekretär aktuell Obmann der ÖGK und Vorsitzender des SV-Dachverbandes ist? Da wäre vermutlich ein dreistelliger Millionenbetrag zu holen, machen doch die Medikamentenkosten mit mehr als 4 Milliarden Euro ca. 20% der ÖGK-Gesamtaufwendungen aus. Aber die Entscheidungsgremien beschäftigen sich lieber mit Satzungsänderungen zum Nachteil der Versicherten, sparen bei den Versicherten und Versicherungsleistungen, die die ÖGK finanzieren!

Geraubte ÖGK-Beiträge eintreiben

Ein generelles, nicht selbst verschuldetes Problem der ÖGK ist, dass ihre Einnahmen derzeit von der Höhe der Anzahl der Beschäftigten abhängen. Steigt die Arbeitslosigkeit, heißt das weniger Einnahmen. Sperren Firmen zu oder gehen in die Insolvenz – und führen den Betrieb danach weiter, meist mit weniger Personal, Gehalt oder Lohn (z.B. mittels Änderungskündigungen) – gehen durch die Insolvenz Steuereinnahmen und SV-Beiträge zur ÖGK verloren. Oder die jüngst bekannt gewordenen kriminellen Unternehmer-Machinationen: Registrierkassen-Manipulationen in der Gastronomie (Sozialbetrug: mindestens 50 Millionen Euro), oder die seit Jahrzehnten gängige Praxis im Tourismus und der Hotellerie, Beschäftigte beim AMS „zwischenzuparken“. Dadurch entsteht der Allgemeinheit ein Schaden von 700 Millionen Euro bzw. verlieren Beschäftigte pro Person über die Jahre ca. 6.000 Euro (ORF Ö1 Mittagsjournal,

30.1.2026). 400 Scheinfirmen in der Baubranche verursachen durch Sozialbetrug einen Schaden von 500 Millionen Euro, mehr als die Hälfte davon entfällt auf nicht bezahlte Sozialversicherungsbeiträge (Kleine Zeitung, 10.2.2026). Durch all diese und noch mehr kriminelle Machenschaften entgehen dem Staat Steuern und der ÖGK Krankenkassenbeiträge in Milliardenhöhe.

Unternehmerschulden bei der ÖGK

Zudem betragen die offenen, „legalen“ Unternehmerschulden bei der ÖGK rund eine Milliarde Euro (1.000 Millionen), per Ende 2024 waren es exakt 908 Millionen Euro (Salzburger Nachrichten, 4.5.2025). Das sind von den Arbeitern und Angestellten in den Firmen erwirtschaftete Beiträge, die die Unternehmer nicht abführen, obwohl sie gesetzlich dafür verpflichtet werden. Rechtliche Folgen? Keine! Wieso? Die Firmen lassen sich die Beiträge bei Finanz und ÖGK stunden – und gehen dann oft trotzdem in Konkurs. So wird jährlich ein Teil der Milliarde an Schulden an die ÖGK uneinbringlich, geht also der ÖGK völlig verloren. Würden die Firmen ihre Beiträge rechtzeitig und ordnungsgemäß zahlen, hätte die ÖGK allein dadurch überhaupt kein Finanzierungsproblem.

Wertschöpfungsbemessung notwendig und möglich

Die generelle Umstellung des derzeitigen Beitragssystems der SV (Einnahmen) von der Bemessung an den in Beschäftigung stehenden Menschen (über die Lohnsumme) könnte, sollte und muss auf eine breitere Basis gestellt werden, nämlich auf eine Wertschöpfungsbemessung. Dann gäbe es praktisch kein Finanzierungsproblem, weil dann wirklich alle Wirtschaftsteilnehmer (also Arbeiter und Unternehmer) in die sozialen Töpfe einzahlen würden. Denn die Wertschöpfungsbemessung hat nicht nur die Zahl der Beschäftigten, sondern die Wertschöpfung der Unternehmen zur Grundlage.

Die Produktivität/Wertschöpfung z.B. der Industrie ist von 2000 bis 2019 real um mehr als 55 % gestiegen (https://www.bankaustria.at/files/Industrie_Oesterreich0921.pdf). Die Steigerung wurde durch die Arbeit der Beschäftigten bzw. auf Kosten der Beschäftigten (Personalabbau durch Rationalisierung mit Hilfe von Automatisierung bis hin zur Digitalisierung und KI) erzielt. Die Reallöhne sind aber seit 25 Jahren nicht vom Fleck gekommen (RH-Einkommensbericht, <https://orf.at/stories/3379448>, 19.12.2024). Das heißt, die gestiegene Wertschöpfung wurde und wird privat angeeignet, ließ die Profite und damit den Reichtum, das Vermögen der Firmen, Konzerne und ihrer Eigentümer und Aktionäre explodieren. Dies ist auch der Grund, warum die Ärmern immer ärmer werden.

Während die Unternehmer und Konzerne die Wertschöpfungsprofite einstecken, wird auch kein entsprechender Anteil davon in die sozialen Kassen einbezahlt. Das und die zudem steigenden Arbeitslosenzahlen hungern – noch dazu bei steigender und alternder Bevölkerung – die Kranken- und Pensionskassen aus.

Mit der SV gegen die SV

Die Unternehmen und Konzerne diktierten, ihre willigen Handlanger aus ÖVP, Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung (IV) besetzen und dominieren die seit 2018 umgefärbten Gremien. Der jetzige Dachverbands-Chef, Peter McDonald, sagt ganz offen, wohin mit WK und IV in der ÖGK die Reise gehen soll: „Ohne Spitalsschließungen werde es nicht gehen“. Aber gleichzeitig will er auch kein

„zusätzliches“ Geld für das „überlastete System“ (Kronen-Zeitung, 18.1.2026). Das ist eine gezielte Herbeiführung der Unterfinanzierung, der finanzielle Aushungerung der Kassen durch die von der WK und der IV gestellten ÖGK-Chefitäten. Das ist die absichtliche Herstellung einer künstlichen Verknappung in der Gesundheitsversorgung, um – ja, um letztlich das öffentliche Sozialversicherungssystem schlecht machen und ruinieren zu können, um dann mit der Schreckenspropaganda der „Unfinanzierbarkeit“, der „maroden Kassen“, nach Privatisierung rufen zu können. Die Folgen sieht man schon jetzt: Zwei-, Drei- und Vierklassenmedizin wie sie jetzt durch die Hintertüre mit der ÖVP-FPÖ-Forderung nach nur mehr Grundversorgung für Asyl-suchende oder der sogenannten „Gastpatientendebatte“, soll das letztlich für alle kommen. Angekündigt hat das ja schon der frühere Chef des Dachverbandes, Peter Lehner: „Vom Gesundheitssystem dürfe kein ‚Mercedes in Vollausrüstung‘ erwartet werden“ (Die Presse, 2.1.2025).

Und: Wer überlastet das System? Durch die ÖGK kann das System nicht überlastet sein: Gerade einmal 2 % des Gesamtaufwandes der ÖGK machen die Verwaltungskosten aus, alles andere sind Versicherungsleistungen, für die die Versicherten ja einzahlen. Wenn also dann Patient:innen vor längere Wartezeiten, weniger Operationen, weniger Kassenärzten, teureren Medikamenten, mehr Selbstbehalten oder Leistungskürzungen stehen, wer ist dann dafür verantwortlich? Die Versicherten selbst, weil sie – wie Peter Lehner (siehe oben) zynisch und verachtend meint – einen „Mercedes“ statt einen „Golf“ wollen? Wer mit einem normalen, geschweige mit einem niedrigen Einkommen kann da überhaupt „wählen“? Oder sind es doch die Begehrlichkeiten von Pharmaindustrie, Ärzteschaft- und Apothekerschaft, privaten Gesundheits- und Versicherungskonzernen, die nach dem derzeit noch in öffentlicher Hand befindlichem Budget der Sozialversicherung in Höhe von 93 Milliarden Euro gieren?

Fatal: Besonders betroffen von dieser Ungesundheits-Politik sind gerade Menschen, die es am nötigsten brauchen – solche mit niedrigem Einkommen, die durch die Art der Arbeit und der Arbeitsbedingungen meist auch größere Gesundheitsprobleme haben als Höherverdiener, Gutgestellte und Reiche.

Die ÖGK-Führung hätte also viele Möglichkeiten und Notwendigkeiten – und sehr, sehr viel zu tun!

Doch was tut sie? Ärzteprivilegien schützen, Pharmaprofite zulassen, die finanzielle Aushungerung der Kassen und damit die Überführung des öffentlichen solidarischen Gesundheitssystems in die Hände privater profitgetriebener Gesundheitskonzerne und -anbieter vorantreiben. Zum Schaden aller Versicherten und der eigenen ÖGK-Mitarbeiter:innen, die durch Spitzel-Dienstanweisung von der ÖGK-Direktion überwacht werden.

NEIN zur ÖGK in Unternehmerhand!

JA zu einer öffentlichen und selbstverwalteten, solidarischen Kranken- und Sozialversicherung in Arbeiter- und Angestelltenhänden mit entsprechender finanzieller Ausstattung.



wir protestieren
entschieden dagegen
dass sich unser land
dem internationalen
kriegsgeschrei an-
schließt und sich dem
rüstungswahn beugt
österreich will und
muss neutral bleiben
wir möchten in frieden
leben und in gegensei-
tiger achtung wir wol-
len waffen aus unserem
leben verbannen und
aufeinander zugehen
und miteinander eine
friedvolle welt erschaf-
fen in der menschen
aufatmen können und
ihr leben nach eigenen
vorstellungen gestalten
österreich will und
muss neutral bleiben
wir sträuben uns dass
tödliche unsummen
ausgegeben werden
kein hart erarbeitetes
geld mehr für waffen
wir haben hunger nach
frieden und freiheit
du bist eingeladen
zusammen mit uns die-
sen kriegswahnsinn zu
stoppen und dafür zu
sorgen dass in dieser
unserer welt frieden
sein kann für immer
österreich will und
muss neutral bleiben



Atom-Katastrophen:

Betreiber-Haftpflicht nicht vorhanden

Atomkraftwerke in der EU sind nicht ausreichend versichert. Derzeit sind es zwischen 50 Millionen und 2,5 Milliarden Euro, ein Bruchteil des Schadens, der – wie Tschernobyl und Fukushima gezeigt haben – bei einem Super-GAU tatsächlich verursacht wird. Die französische Regierung errechnete 2013 für einen Super-GAU in Frankreich eine Schadenssumme von 430 Milliarden Euro – zu heutigen Preisen (2026) gerechnet wären das 530 Milliarden. Im Schadensfall müssten also überall in Europa – abgesehen von den Toten, Kranken, Umweltzerstörungen und in der Folge für Menschen unbewohnbaren Gebieten – die Steuerzahler:innen für den Großteil, nämlich für 99,5 Prozent der Kosten aufkommen (Quelle: atomstopp ÖÖ).

Zu einem ähnlich verheerenden Ergebnis kommt eine Studie der EU-Kommission aus 2020. <https://atomstopp.at/downloads/haftpflicht/2020-01-00%20study%20on%20the%20insurance,%20private%20and%20financial%20markets.pdf>. Demnach beliefen sich die Kosten der AKW-Schäden aus dem Super-GAU von Fukushima allein bis 2019 auf damals 325 Milliarden Euro. Die EU-Kommission gibt in der Studie auch zu, dass die AKW-Versicherungen zu gering sind, was bei 0,5% Haftung eine tödliche Beschönigung ist. Sie gibt auch zu, dass im Fall eines Atom-GAUs letztlich die Allgemeinheit die Kosten zu tragen haben wird. Trotzdem hat die EU 2022 die Atomenergie in ihrer Taxonomie-Verordnung als grüne und damit aus EU-Geldern förderbare Energie eingestuft. Und wieder zahlen die Steuerzahler dafür.

Die frühere, und weiterhin ständige Bevorzugung der Atomkonzerne hat damit zu tun, dass Atombomben und AKW siamesische Zwillinge sind. AKW waren das Abfallprodukt aus der Atombombenproduktion und aus AKW kann waffenfähiges Plutonium gewonnen werden. Der Weiterbetrieb, Aus- und Neubau von AKW, besonders in Länder mit Atomwaffen wie z.B. Frankreich, Großbritannien, USA oder China hat genau damit zu tun. Allein Frankreich baut ab 2038 sechs neue AKW, plant weitere acht Reaktoren und will die Laufzeit der 57 bestehenden AKW auf 60 Jahre verlängern.

Warum die EU keine Schritte zur Haftpflichtversicherung für AKWs setzt ist klar: Das würde die Investitionen in AKW zum Stillstand bringen, kein Konzern würde sich darauf einlassen. Seit den 1950er Jahren erhalten die Atomkonzerne hunderte Milliarden (!) an staatlichen Subventionen, aber eine Atom-Haftpflicht, gibt es nicht. Selbst den Atomausstieg z.B. in Deutschland haben sich die Atomkonzerne noch von den Steuerzahlern finanzieren lassen. Sie haben den Profit, wir das Risiko und die Kosten.

Offener Brief – Appell an Entscheidungsträger:

Klimawandelforschung nicht kürzen!

In einem offenen Brief/Appell an Entscheidungsträger sprechen sich mehr als 700 Forschende gegen Kürzungen bei Förderungen für Forschung zum Klimawandel aus und weisen auf die bizarre Situation hin, dass zwar viel Kritik zu Streichungen von einschlägigen Budgets in den USA geäußert wird, in Österreich aber ebenso „eine schleichende Aushöhlung“ zu beobachten sei. Auch wir „Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg“ haben diesen Appell unterstützt (<https://anmeldung.ccca.ac.at/gefaehrdete-klimakompetenz-ein-offener-appell-der-wissenschaft>). Ohne fundierte Forschungsergebnisse keine Basis für Entscheidungen. Das will die Regierung offensichtlich erreichen. Denn schon jetzt verfehlt sie die Klimaziele. **Kurzfristigen Einsparungen im Interesse der und weitere CO2-Gratiszertifikate für die Industrie, ziehen in Zukunft immense Umwelt- und Klimazerstörung mit enormen Kosten nach sich – bis 2050 geschätzt bis zu 50 Mrd. Euro!** (Standard, 24.1.2026).

40 Jahre AKW-Super-GAU in Tschernobyl

Die katastrophalen Atomunfälle von Fukushima und Tschernobyl jähren sich 2026 zum 15. bzw. zum 40. Mal. Daher gilt es mehr denn je zu mahnen und zu warnen vor den immensen und tödlichen Atomgefahren durch kommerziell-zivilen und militärisch-kriegerischen Einsatz. Im Gegensatz dazu sind positive, also ungefährliche, nachhaltige und billigere Zukunftswege der Energieerzeugung und des Wirtschaftens längst bekannt. Dazu bietet sich Österreich als neutrales, per Volksentscheid 1978 AKW-freies Land und als starker Betreiber und Unterzeichner des Atomwaffenverbotsvertrages, sehr gut an. Daher laden wir ein zur folgenden

Podiumsdiskussion, Di., 28. April 2026, 18.00 Uhr

Otto-Mauer-Zentrum, Mezzanin, Währinger Straße 2-4, 1090 Wien

Atomkatastrophen mahnen:

**AKW UND ATOMWAFFEN SIND SIAMESISCHE
ZWILLINGE – EINE GEFAHR für UMWELT, KLIMA,
SOZIALSTAAT, DEMOKRATIE UND FRIEDEN**

Podiumsdiskussion über Gefahren und positive Zukunftswege

mit:

em.o.Univ.Prof. Dr. Helga Kromp-Kolb

Klimaforscherin, BOKU, *Institut für Meteorologie und Klimatologie & Zentrum für
Globalen Wandel & Nachhaltigkeit*

Mag.Dr. Nikolaus Müllner

BOKU, Leiter: Institut für Sicherheits- und Risikowissenschaften

Dr. Wilfried Leisch

Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg

Moderation:

Dr. Sigrid Kroismayr, Club of Vienna

Veranstalter:

Club of Vienna

Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg



Dienstag, 28. April 2026, 18.00

Otto-Mauer-Zentrum, Mezzanin,
Währinger Straße 2-4, 1090 Wien

Um Anmeldung wird gebeten: ggae@gmx.at



Hände weg von Venezuela, Kuba, Grönland, Iran ... !

Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff der USA auf Venezuela. Es geht nicht um Kampf gegen Drogenbarone nicht um Menschenrechte oder Demokratie, sondern um Machtausweitung und Besitznahme der weltweit größten Erdölvorräte. Trump will – wie in seinem Wahlprogramm und in der „Neuen Sicherheitsstrategie“ der USA angekündigt, nicht nur Venezuela, und ganz Südamerika sowie die Karibik (Kuba), sondern auch Grönland unter US-Kontrolle bekommen. Im Nahen Osten wollen die USA mit Hilfe von Israels rechts-rechtem Netanjahu – schon im Juni 2025 wurde der Iran von Israel und mit US-Bombern angegriffen und beschossen (Atomanlagen) – den Iran in die Knie zwingen und nach Möglichkeit wieder ein ihnen genehmes Regime (Schah-Sohn?) installieren.

Wir verurteilen die lahme Reaktion der österreichischen Bundesregierung, die namens der Außenministerin keine eindeutige Verurteilung des Vorgehens der USA in Venezuela machte, ja die Entführung Präsident Maduros begrüßte. So ermutigt unsere Regierung die USA zu weiteren, bereits von Trump angekündigten, völkerrechtswidrigen Angriffen und Machtausweitungen.

Das per Verfassung immerwährend neutrale Österreich muss alle völkerrechtswidrigen Aktionen egal von welcher Seite entschieden verurteilen und diplomatisch schärfstens bekämpfen und gerade in dieser Welt-situation mehr denn je die immerwährende Neutralität hochhalten, statt sich an ein EU-Militärbündnis noch mehr anzuschließen und/oder die USA-Kanonenboot-politik schönzureden. Die Neutralität Österreichs ist die Lehre aus zwei Weltkriegen, nie wieder auf irgendeiner Seite von Großmächten oder Militärblocks teilzunehmen. Dazu gehört untrennbar, in Friedenszeiten alle Vorhaben für neue Kriege, Kriegspropaganda, Partei-nahme für Kriegsparteien oder gar Mitmachen bei Aufrüstung und Kriegen zu verurteilen und entschieden zurückzuweisen!

Hintergrundinfo:

Friedensnobelpreisträgerin Machado bot US-Konzernen im Falle eines erfolgreichem Regimewechsels den Verkauf von Vermögenswerten Venezuelas im Wert von 1,7 Billionen Dollar an.

Mehr siehe:

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=143205>

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache auch weiterhin benötigen! Auftreten gegen: Wirtschaftskrise, Ausbeutung, Unterdrückung, Militarisierung, Atomrüstung, AKWs, Krieg, Umwelt- und Klimazerstörung usw. Eintreten für Sozialstaat, Demokratie, Frieden, Neutralität, Natur-, Umwelt- und Klimaschutz.

Nur gemeinsam können wir eine bessere Zukunft erreichen.

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, ist unser Auftreten nur durch ehrenamtlichen Einsatz und durch Spenden unserer LeserInnen und Aktivistinnen und Aktivisten möglich! Alle, die unsere Auffassungen teilen, laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

Mit kollegialen Grüßen – das Redaktionsteam

Spendenkonto bei der BAWAG P.S.K.

IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650

BIC: BAWAATWW

Empfänger: Gewerkschafter gegen Atomenergie

Verwendungszweck: Spende

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. ZVR 100322133

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100% der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffl, P. Düringer.

Österreichische Post AG

SM 20Z042140 S

Gewerkschafter gegen Atomenergie

Stiftgasse 8, 1070 Wien

Datenschutzerklärung siehe:

www.atomgegner.at/datenschutzerklaerung-impressum



Zeitung nach dem Lesen an Interessierte weitergeben und/oder weitere Exemplare anfordern:

solidaritaet@gmx.at